

Protokoll

der 21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, dem 20. Mai 2008 in der Adolf-Reichwein-Halle

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr
Ende der Sitzung: 20:37 Uhr
Zuhörer: 6

Anwesende Stadtverordnete:

CDU

Förster, Hans-Jürgen
Hafner, Annegret / Vorsitzende
Haupt, Emmi
Horlacher, Peter
Kuhlmann, Mechthild
Leonhardt, Erwin
Paduch, Harry
Schnabel, Henrik
Schneiderbauer, Johann Baptist

SPD

Launhardt, Dieter
Merz, Irina
Rathjens, Dr., Hans Peter
See, Herbert
Sill, Heinz
Stengel, Christian
Zeidler, Reinhard

FWG

Groetsch, Paul
Lamping, Christian
Moscherosch, Hans-Albert
Sehr, Günter
Soff, Walter

puR

Launhardt, Cornelia
Schön, Norbert
Wyrwoll, Herbert

FDP

Hoffmann, Volker

Bündnis 90/Die Grünen

Quägber-Zehe, Betina
Scholz, Peter

Die Linke

Welker, Helge

Nichtanwesende Stadtverordnete:

CDU

Philippbaar, Astrid
Sommer, Michael

FDP

Korger, Dr. Lothar

Vom Magistrat waren anwesend:

Bürgermeister Brechtel, Detlef
Erster Stadtrat Götz, Hans
Stadträtin Horlacher, Heike
Stadtrat Bickel, Heinrich
Stadtrat Kayacik, Haci
Stadtrat Schöniger, Arndt
Stadtrat Veen, Wulf-Berend
Stadtrat Wenzel, Klaus

Vom Magistrat waren nicht anwesend:

Stadtrat Datz, Wolfgang

Schriftführer:

Kraus, Andreas

Protokoll der 21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20.05.2008

Die Stadtverordnetenvorsteherin, Annegret Hafner, eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, indem sie alle Anwesenden herzlich begrüßt. Sie weist darauf hin, dass zu der Sitzung mit Ladung vom 13. Mai 2008 ordnungsgemäß form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass mit der Einladung die Tagesordnung zugestellt wurde. Des Weiteren stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Änderungswünsche bezüglich des Protokolls der 20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ergeben sich nicht. Es ist somit angenommen.

Aus der Beratung des Ältestenrates wird vorgeschlagen den Tagesordnungspunkt 3 ohne Aussprache abzustimmen.

Dies wird von den Stadtverordneten so angenommen. Somit steht folgende Tagesordnung fest.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Kleine Anfragen
3. Bau/Umbau der Aula Erich Kästner-Schule zur Mensa
hier: Vertragsabschluss mit dem Wetteraukreis
4. Antrag der CDU-Fraktion vom 10. April 2008
Heizungsanlagen in städtischen/öffentlichen Gebäuden
5. Antrag der CDU-Fraktion vom 10. April 2008
Produktion und Vermarktung von Holzpellets
6. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 09. Mai 2008
Verlegung der Zufahrt zum Betriebsgelände der Firma Stanzel

Zu TOP 1 Mitteilungen

Stadtverordnetenvorsteherin:

Die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. Juni 2008 wird wegen der Spiele der Fußball - EM an diesem Tag um eine halbe Stunde vorverlegt. Beginn: 19:30 Uhr.

Bürgermeister:

Der Bürgermeister verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen, die dem Protokoll beigefügt sind.

Haupt- und Finanzausschuss als Akteneinsichtsausschuss:

Herr Dieter Launhardt berichtet aus der Sitzung vom 15. Mai 2008.
Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

Beratung über die weitere Vorgehensweise

Beginn der Akteneinsicht

Antrag der CDU-Fraktion vom 10. April 2008
Verpachtung Rosbacher Eigenjagdbezirke

Antrag der SPD-Fraktion vom 22. April 2008
Weitergabe von Aktenvorgängen die der Verschwiegenheitspflicht unterliegen

Anfragen an den Magistrat

Umwelt- und Planungsausschuss:

Herr Johann Baptist Schneiderbauer berichtet aus der Sitzung vom 06. Mai 2008.
Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

Antrag der CDU-Fraktion vom 10. April 2008
Heizungsanlagen in städtischen/öffentlichen Gebäuden

Antrag der CDU-Fraktion vom 10. April 2008
Produktion und Vermarktung von Holzpellets

Antrag der CDU-Fraktion vom 10. April 2008
Bepflanzung mit nachwachsenden Rohstoffen

Zu TOP 2 Kleine Anfragen

Dieser TOP wird nicht protokolliert.

**Zu TOP 3 Bau/Umbau der Aula Erich Kästner-Schule zur Mensa
hier: Vertragsabschluss mit dem Wetteraukreis**

Beschlussvorschlag des Magistrates:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1) Auf dem Gelände der Erich Kästner-Schule wird ein weiterer Schulbau/Umbau als Mensa errichtet. In dem rund 190m² großen Raum können 96 Kinder gleichzeitig essen, zusätzlich werden Nebenräume (Küche, Essensausgabe, Lager, Sanitär-räume) angebaut.
- 2) Die Stadt beteiligt sich mit 215.000 € an den Kosten des Umbaus bzw. Erweiterungsbaues.
- 3) Weiterhin finanziert die Stadt den Kostenanteil des Wetteraukreises in Höhe von 215.000 € über fünf Jahre vor, die Tilgung beginnt 2009, die jeweilige Restschuld ist mit 4,5% zu verzinsen.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	9	9	--	--
SPD	7	7	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Die Linke	1	1	--	--
Summe	28	28	--	--
TOP 3 beschlossen				

**Zu TOP 4 Antrag der CDU-Fraktion vom 10. April 2008
Heizungsanlagen in städtischen/öffentlichen Gebäuden**

Beschlussvorschlag des Umwelt- und Planungsausschusses:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beim Neubau öffentlicher oder städtischer Gebäude oder der Erneuerung einer Heizungsanlage ist zu prüfen, ob Heizungen mit alternativen Brennstoffen unter Abwägung ökonomischer und ökologischer Belange zu bevorzugen sind.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Umwelt- und Planungsausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	9	9	--	--
SPD	7	7	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Die Linke	1	1	--	--
Summe	28	28	--	--
TOP 4 beschlossen				

Zu TOP 5	Antrag der CDU-Fraktion vom 10. April 2008 Produktion und Vermarktung von Holzpellets
-----------------	--

Beschlussvorschlag des Umwelt- und Planungsausschusses:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz aus so genanntem Restholz in Selbstwerbung im Stadtwald ist weiterhin sicherzustellen.
2. Ein angemessener Teil des Restholzes ist als Totholz, bevorzugt in den für die Brennholzabfuhr schwerer zugänglichen Lagen zu erhalten.
3. Sollte darüber hinaus Restholz im Stadtwald oder auf anderen städtischen Flächen sowie Grünschnitt anfallen und Interesse privater Vermarkter bestehen, kann dies für die Produktion von Pellets oder Hackschnitzel vermarktet werden.
4. Darüber hinaus wird der Magistrat beauftragt zu prüfen, wie die im Stadtgebiet anfallende überschüssige Biomasse sinnvoll direkt energetisch verwertet oder vermarktet werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Umwelt- und Planungsausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	9	9	--	--
SPD	7	7	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Die Linke	1	1	--	--
Summe	28	28	--	--
TOP 5 beschlossen				

Zu TOP 6	Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 09. Mai 2008 Verlegung der Zufahrt zum Betriebsgelände der Firma Stanzel
-----------------	---

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgenden Antrag zur weiteren Beratung mit vorherigem Ortstermin an den Umwelt- und Planungsausschuss überweisen.

Der Magistrat wird aufgefordert, eine Planung für die Verlegung der Zufahrt zum Betriebsgelände der Firma Stanzel vorzulegen, um die Belastung der Ober-Rosbacher und Nieder-Rosbacher Ortsdurchfahrt durch LKW zu vermindern und die Parksituation am Bahnhof zu verbessern.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	9	9	--	--
SPD	7	7	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Die Linke	1	1	--	--
Summe	28	28	--	--
TOP 6 an den Umwelt- und Planungsausschuss überwiesen				



Annegret Hafner
Stadtverordnetenvorsteherin



Andreas Kraus
Schriftführer

Mitteilungen zur **Stadtverordnetenversammlung** **am 20. Mai 2008**

- ❖ Das Planfeststellungsverfahren für die Südumgehung Rosbach steht kurz vor seinem Abschluss.

Der Sachstand aus heutiger Sicht:

Das zuständige Ministerium hat das Verfahren formal abgeschlossen und an den Träger der Straßenbaulast, den Wetteraukreis, abgegeben.

Die Planunterlagen, die offiziellen Verfahrensunterlagen können jetzt in der Zeit vom 19. Mai bis 03. Juni 2008 bei der Stadtverwaltung Rosbach eingesehen werden. An diese Einsichtnahme schließt dann die Möglichkeit der Klageeinlegung an.

Direkt nach Abschluss bzw. nach Rechtskraft der Planfeststellung wird die Verwaltung in den anstehenden Grundstückserwerb einsteigen.

Mit dem Wetteraukreis ist als weiterer Verfahrensschritt eine Verwaltungsvereinbarung über das detaillierte Verfahren bis zur Fertigstellung der Kreisstrasse unterschriftsreif zu erarbeiten und den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Südumgehung Rosbach belegt zwischenzeitlich auf der kreisinternen Prioritätenliste von 21 Maßnahmen Platz 7 und wird nach Rechtskraft der Planfeststellung auf Platz 3 vorrücken.

In dem vom Kreistag beschlossenen Haushalt 2008 stehen für unsere Südumgehung insgesamt 8.040.000 € an Ansätzen und Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung.

Diesem Betrag zuzurechnen sind die städtischen Mittel bis einschließlich 2010 in einer Größenordnung von 1.540.000 €.

Vorbehaltlich der Zuschussbereitstellung durch das Land Hessen ist damit die Finanzierung der gesamten Maßnahme als gesichert anzusehen.

- ❖ Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 23. April 2008 den Jahresabschluss 2007 formal festgestellt.

Das abschließende Ergebnis des Verwaltungshaushaltes beträgt auf der Einnahmeseite 17.817.086,32 €, Ausgaben wurden geleistet in Höhe von 18.141.701,43 €.

Es verbleibt damit ein rechnerischer Sollfehlbetrag in Höhe von 324.615,11 €, er konnte damit im Jahresvergleich um 728.766,90 € reduziert werden.

Der ausgeglichene Vermögenshaushalt weist auf der Einnahme- und Ausgabenseite jeweils ein Volumen in Höhe von 6.460.322,50 € aus.

Die als Kassenausgabereserve nachgewiesene Rücklage weist in ihrem Bestand einen Betrag in Höhe von 525.834,24 € aus.

Der Stand der Schulden zum Jahresende 2007 beträgt 6.131.246,38 €.

Der Magistrat hat darüber hinaus über- und außerplanmäßige Ausgaben nach § 100 HGO in einer Größenordnung von 8.283,20 € beschlossen.

Das Rechnungsprüfungsamt des Wetteraukreises wird jetzt um eine baldmöglichste Prüfung der Jahresrechnung 2006/2007 gebeten.

- ❖ Die nachstehenden Grundstücksgeschäfte wurden in der Magistratssitzung im April getätigt:

- Verkauf des Bauplatzes Weiherwiesen 3 mit 395 m², Kaufpreis 118.500 € inkl. Abwasser-, Wasser- und Erschließungsbeiträge.
- Erwerb einer landwirtschaftlichen Nutzfläche Gemarkung Rodheim, Flur 2, Nr. 102 und 103, Gesamtgröße 16.217 m², Kaufpreis je m² 3,40 €, insgesamt damit 55.137,80 €.
- Verkauf der Baugrundstücke Weiherwiese 5, 28a und b, Kaufpreis jeweils 300 €/m², Gesamtverkaufspreis 249.300 € inkl. Abwasser-, Wasser- und Erschließungsbeiträge.

- ❖ Der Magistrat hat in seiner Sitzung im April darüber hinaus die Zuschüsse für die privaten Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen im Stadtgebiet beschlossen.

Wie in den Vorjahren erhalten die kleinen Posträuber, die Betreuungsschule Rodheim sowie die Betreuungsschule Rosbach Zuschüsse zu ihrem laufenden Betrieb.

Landes- und Kreismittel werden hierbei aufgestockt.

- ❖ Ab dem 01. August 2008 werden die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten Hauptstrasse und Bergstrasse dem sich ändernden Bedarf angepasst.

Die Kita Hauptstrasse wird künftig eine halbe Stunde früher eröffnen (07:00 Uhr), die Kita Bergstrasse wird künftig erst um 17:00 Uhr (bisher 15:00 Uhr) schließen.

Die verbesserten Öffnungszeiten schaffen den Familien erhöhte Flexibilität und insbesondere ausreichend Raum für Fahrten zum Arbeitsplatz.

Nach einer Neuregelung zum 01. Januar 2008 werden damit bereits in Kürze erneut Öffnungszeiten optimiert.

- ❖ Der abschließenden Planung für den Straßenendausbau mit Gestaltung des Parkplatzes am Friedhof für das Baugebiet Nonn hat der Magistrat in seiner Sitzung am 14. Mai zugestimmt, die Arbeiten werden jetzt öffentlich ausgeschrieben.

Darüber hinaus hat der Magistrat in seiner gleichen Sitzung den Auftrag zur Herstellung des Retentionsraumes am Rosbach vergeben, Auftragssumme rund 127.600 €.

- ❖ Eine letzte Mitteilung:

Ebenfalls in seiner Maisitzung hat der Magistrat die Verwaltung beauftragt, im Rahmen des weiteren Ausbaus der Kinderbetreuungseinrichtungen abschließend zu prüfen, ob und mit welchem finanziellen Aufwand die alte Grundschule Bergstrasse durch geeignete Maßnahmen in eine Kinderbetreuungseinrichtung für 2 bis 6-Jährige, Gesamtplatzbedarf 110 Kinder, umgebaut werden kann. Hierzu wird ein erster Planungsentwurf erstellt, die Umbau- und Sanierungskosten werden ermittelt.

Im Rahmen des Bundes/Landesprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013“ erhofft sich der Magistrat einen Investitionszuschuss.

Darüber hinaus wird in diesem Verfahrensschritt mitgeprüft, inwieweit in der Grundschule Räume für die Unterbringung des Stadtarchivs vorgehalten werden können.

Mit dieser vorgesehenen investiven Maßnahme sollen insbesondere die im Stadtgebiet angebotenen „U3 Plätze“ deutlich erhöht werden.

Die Stadt kann bekanntlich bereits seit Jahren für die Betreuung der 3 bis 6-Jährigen das erforderliche Platzangebot nachweisen, für die relativ hohe Anzahl von Einzelintegrationsmaßnahmen müssen jetzt rechnerisch mindestens 20 zusätzliche Plätze angeboten werden.

Für eine mögliche Verbesserung des Betreuungsangebotes erforderlich werdende Reduzierung der Gruppenstärken sind zusätzliche Raumangebote zu schaffen.

Die baldmöglichste Verlagerung der Hortplätze an die beiden Grundschulen, in Verbindung mit der Entwicklung eines zusammenhängenden Betreuungsmodells, ist anzustreben.

Nach Abschluss der Investitionsmaßnahme „Grundschule Bergstrasse“ sind aus heutiger Sicht die beiden Kitas in Ober-Rosbach umfassend zu sanieren, eventuell sind in diesen Einrichtungen die Platzangebote auch zu reduzieren.

Rosbach v.d.Höhe, den 20. Mai 2008



Brechtel
Bürgermeister

20.5.08
[Handwritten signature]